

## Der Staat und die Volksernährung.

Von Geheimrat Prof. Dr. Max Rubner in Berlin.

Seit Monaten beschäftigt sich die öffentliche Meinung mit dem Problem der Volksernährung, seinen Schwierigkeiten und Wirkungen auf die allgemeine Politik, die öffentliche Gesundheit und die sozialen Zustände. Auch jener Teil der Tageblätter, den der Nichtkapitalist in ruhigen Zeiten ungelesen dem Papierkorb opfert, der Handels- und Börsenteil, gewinnt durch die Notierungen der Nahrungsmittelpreise an Interesse.

Die Familie hört täglich das Thema der beginnenden Verteuerung. Der Pessimist denkt trotz vollem Magen an die bedrohlichen Äußerungen unserer Feinde; die Auslandspresse, besonders die englische, schwelgt in dem glücklichen Empfinden, durch einen möglichst lang hingezogenen Krieg eine Erschöpfung unserer Nahrungsmittelvorräte herbeizuführen und uns dadurch zum Frieden zu zwingen. Aus dem politischen Verhalten Englands geht deutlich hervor, daß man dort noch immer an dieser Idee festhält. Die Neutralität mehrerer der uns benachbarten Staaten ist insofern eingeschränkt worden, als sie von England aus zur Sperrung ihrer Grenzen gegen Deutschland gezwungen worden sind, während der Verkehr mit England aufrecht erhalten wird.

In gleichem Sinne ist das Verhalten Frankreichs zu beurteilen. Der französische Physiologe Richet, der im April dieses Jahres noch im Charlottenburger Rathaus mit dem tiefsten Brustton der Ueberzeugung den Krieg bekämpfte und löblich gefeiert wurde, predigt seit Monaten in Italien den Kampf gegen die Barbaren und die frohe Hoffnung, daß nun bald die Nahrung ausgehen werde, alles in dem Gedanken, in neutralen Staaten unsere Stellung zu erschüttern.

Optimisten auf der anderen Seite leben in den Tag hinein, sorglos, wie sie es auch sonst getan haben. Sie finden den Tisch gedeckt wie sonst und denken sorgenfrei an die Zukunft. Allenfalls ist ihnen unbequem, daß einzelne Nahrungsmittel um ein paar Pfennige im Preis erhöht sind, aber weiter rührt sie kein Bedenken.

Wie steht nun die Sache wirklich? Die Öffentlichkeit ist darüber unterrichtet worden. Die Sachverständigen sagen, es besteht keine Gefahr einer Hungersnot, wir haben uns aber nach den vorhandenen Vorräten etwas anders einzurichten. Auch ich habe nach dem Material, das mir im August zugänglich war, mein Urteil über die Volksernährung, das weder dem Pessimisten, noch dem Optimisten recht gibt, auch in dieser Wochenschrift Nr. 40 mitgeteilt. Unsere Nahrungsvorräte sind völlig ausreichend, um uns bis zur nächsten Ernte ohne jedes Opfer an körperlicher Leistung und kulinarischem Behagen durchzuhalten, aber nur, wenn mit dem vorhandenen Material richtig hausgehalten wird und die Bevölkerung das ihrige tut, um sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Vorschläge, was der einzelne tun kann, habe ich auch gemacht; sie lauteten: Verminderung des übermäßig angewachsenen Fleischkonsums, die auch vielfach im Interesse der Gesundheit liegt, Einschränkung des übermäßigen Fettkonsums und der fast allgemeinen Fettung des Brotes, Reduktion des Genusses von Weißbrot und des Kleinbrotens und ausgedehntere Anwendung des Brotes aus Mehl von Weizen und Roggen. Diese Vorschläge, allgemein beherzigt, würden vollkommen ausreichen, unsere Ernährung in gesündere Bahnen zu lenken, und zugleich den nationalen Bedürfnissen entsprechen. Eine große Anzahl zustimmender Zuschriften haben mich belehrt, daß die Anregung gewiß nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen ist.

Freilich wäre es vermessend, wenn man glauben wollte, daß auf die Massen durch wohlgemeinte Ratschläge allein so wirksam Einfluß geübt werden könnte, wie es notwendig ist. Es fehlt teils an den Mitteln, allen die Ratschläge zukommen zu lassen, teils hieße es die ganze Psyche der Essenslust verkennen, wenn man glauben wollte, jeder sei auch bereit, einem guten Rat Folge zu leisten. Immerhin läßt sich doch unter Umständen auf weite Kreise ein Einfluß gewinnen und Verständnis für solche Maßregeln erwecken.

Im übrigen geht es nicht ohne Zwangsmittel ab. Sie sind unabweislich, hätten mit tunlichster Beschleunigung durchgeführt werden müssen und können nur vom Staate ausgeübt werden. Ich habe absichtlich in Nr. 40 von den staatlichen

Maßnahmen nur über die Regulierung und Oberaufsicht auf die Preise der wesentlichen Volksernahrungsmittel besprochen, um den anderweitigen Dingen nicht vorzugreifen. Diese Maßregel wurde allseitig und unabwieslich anerkannt. Der Wunsch nach einer allgemeinen Preisregulierung der Volksernahrungsmittel, scheint vorläufig auf einen wenig günstigen Boden gefallen zu sein, denn zurzeit spielt eigentlich nur die Frage der Getreidehöchstpreise eine Rolle. Die Kreise der Landwirtschaft, der Müller, der Bäcker und der Handel wurden durchaus für die Einführung von Höchstpreisen gewonnen. Die Regierung hat es nach den dormaligen Rechtszuständen ganz in der Hand, regulierend in die Preisverhältnisse einzugreifen. Die Preisregulierung von Getreide, Brot und Mehl ist aber garnicht allein ausreichend, denn auch bei anderen Nahrungsmitteln ist die Benachteiligung des Publikums keineswegs geringer. Man darf nur z. B. die Verhältnisse des Kartoffelmarktes betrachten.

Die Preisregulierung ist übrigens keine ernährungsphysiologische Maßregel, sondern eine rein soziale. Sie soll finanziell weniger Kräftigen, besonders unter den jetzigen schwierigen Umständen, die Existenzmöglichkeit erleichtern:

Durch eine verschiedene Preisbemessung kann man dem Konsum natürlich bestimmte Bahnen weisen, eine starke Preissteigerung des Weizenmehls gegenüber dem Roggenmehl würde auch den Verbrauch des Weizens einschränken, was z. B. zweckmäßig wäre. Man wird aber bedenken müssen, daß die Preislage nichts Absolutes ist, sondern sich verschieden fühlbar macht, je nach dem Einkommen, und dieses ist gegenwärtig für einen großen Teil der Bevölkerung sehr zurückgegangen, während allerdings andere sehr erheblich im Einkommen gewinnen. Jede sehr merkbare Verteuerung drückt aber ungleich, sie wirkt auf die Minderbemittelten natürlich relativ stärker als auf die besser Situierten. Andererseits ist auch richtig, wie neulich Thiel auseinandergesetzt hat.

Thiel macht in Nr. 79 der Deutschen landwirtschaftlichen Presse mit Recht auf den Umstand aufmerksam, auf den ich in Nr. 40 schon hingewiesen habe, auf die Verschwendung von Nahrungsmitteln, die man bei Reich und Arm täglich sieht. Es werden erstaunlich große Mengen von Brot einfach weggeworfen, die Kruste weggeschnitten etc. Thiel meint, daß ein starkes Herabdrücken der Getreidepreise die Verschwendung des Nährmaterials geradezu begünstigen wird. Aber die Verteuerung hat sich bis jetzt, solange sie nicht sehr erheblich ist, doch nicht überall als wirksam erwiesen. Es kommt auch Leuten, die ganz gewiß sparen sollten, garnicht darauf an, ihren Brotbedarf an Kleinbrot, d. h. Knüppel etc., zu decken, obwohl sie dabei das Brot zwei- und dreimal so teuer bezahlen, als es dem Nährwert entspricht. Die Not muß schon erheblich sein, wenn sie erzieherisch wirken soll. Die Preisregulierung wird also meines Erachtens nicht bei dem Getreide Halt machen dürfen, sondern sie muß ebenso die übrigen Nahrungsmittel im Auge behalten und eingreifen, je früher, desto besser. Es läßt sich aber vielleicht das Zwangsmittel einer Preissteigerung für manche Nahrungsmittel in Zukunft nicht ganz entbehren, wenn etwa die notwendige Sparrung in keiner anderen Weise zu erreichen ist. In diesem Sinne, in einer die Gesundheit nicht beeinflussenden Reduktion eines bestimmten Nahrungsmittels könnte ich einen nationalen Schaden nicht erblicken. Nur müßte für diesen Fall der Vorteil einer Preiserhöhung auch dem Staate selbst, nicht aber dem Produzenten allein zugute kommen.

Aber weit über diese Dinge hinaus reicht das eigentliche Volksernährungsproblem, die Sicherstellung einer genügenden Nahrungsmenge überhaupt und die gewaltsame Einzwängung der großen Masse in die Nahrungsverhältnisse, wie sie nun einmal bestehen. Nichts wäre einfacher, als wenn man auf einen jeden Einfluß gewinnen könnte, damit er aus innerer Ueberzeugung zwar kein physisches Opfer brächte, sich aber einer führenden Idee unterordnen würde. Der kategorische Imperativ muß als vernünftige, zweckmäßige und gesundheitsförderliche Handlung empfunden werden. Was kann man aber dazu tun? Die Massenbelehrung ist nichtorganisiert, es fehlen die Einrichtungen. Es fehlt an der Ueberzeugungskraft; denn mancherlei Vorschläge drängen sich in der Tagesliteratur auf, deren Zweckmäßigkeit für den Laien garnicht durchsichtig ist und also nur Verwirrung stiftet.

Man muß auch mit der Unbeständigkeit der Massen rechnen; mancher rafft sich für ein paar Tage auf, das in die Praxis umzusetzen, was er gelesen und gehört hat, dann sieht er, daß das äußere Leben des anderen sich nicht ändert, und nun sind auch die guten Vorsätze wieder begraben. Bei uns ist man auch daran gewöhnt, die Behörden handeln zu sehen, wenn Gefahr im Verzug ist, das liegt der Masse im Blute bei der sonstigen Ordnung im Staat. Da man aber seit einem Vierteljahr fühlbare Einwirkungen dieser Staatsfürsorge nicht empfunden hat, wendet man sich von den „Theoretikern“, die zur Vernunft raten, ab. Wenn auch mancher recht wichtige Beschluß lange auf sich warten ließ, so ist es doch ein in der Masse weit verbreiteter Irrtum, daß zur Wahrung unserer Volksernährung gar nichts geschehen sei. Es entziehen sich aber manche Maßregeln der öffentlichen Besprechung, werden mitunter nicht beachtet und in ihren Konsequenzen nicht gewürdigt. Ich möchte daher auf einige nicht unwichtige Ergebnisse auf diesem Gebiete die Aufmerksamkeit lenken.

In einer Uebersicht über die „Amtlichen Maßnahmen während des Krieges, die für Landwirtschaft, Volksernährung und Verpflegung von Heer und Marine besonderes Interesse haben“ (31 Juli bis 30. September 1914), ist vieles zusammengestellt, was das allzu scharfe Urteil über die Untätigkeit unserer Behörden doch zu mildern vermag. Zunächst sind durch eine Reihe von Ausfuhrverboten schon am 31. Juli für wichtige Materialien und Nahrungsvorräte die Grenzen gesperrt, am 4. August für die Einfuhr wichtiger Artikel Erleichterungen geschaffen und späterhin zur Erleichterung des Handels Ausnahmetarife erlassen worden. Verschiedene Anregungen betrafen die Futtermittelbeschaffung, Fleischversorgung und Viehhaltung; das Schlachtalter der Kälber wurde in Bayern erhöht und das vorzeitige Schlachten von Vieh beseitigt, ebenso sind eine Reihe wichtiger Maßnahmen für die Bodenbearbeitung, Beschaffung von Motorpflügen etc. und Ratschläge für die Düngerbeschaffung gegeben worden. Auch die vor wenigen Tagen bewilligten Kredite Preußens für Kulturarbeiten in Oedländereien gehören in diesen Rahmen hinein. Die Kartoffeltrocknung ist in die Wege geleitet. Alle diese Maßnahmen zielen auf die Fürsorge für die nächste Zukunft, und sollen der nächstjährigen Futtermittelversorgung und Ernte eine feste Grundlage geben. Im ganzen, kann man sagen, gründet sich diese Hoffnung auf ein verständiges Eingreifen der einzelnen Landwirte, auf den Einfluß, den die landwirtschaftliche Organisation sich bei uns erworben hat, und auf die gute Wirkung einer von Jahr zu Jahr zunehmenden besseren landwirtschaftlichen Bildung der gesamten Grundbesitzer in Deutschland. Es liegt mir fern, hier ein Urteil auszusprechen, aber man kann sich auch als Laie dem Eindrucke nicht entziehen, daß die gewollten Erfolge in den Grenzen des Möglichen auch erreicht werden.

Mit Rücksicht auf die Volksernährung fehlten uns aber leider eine Reihe von Maßregeln, die schon lange hätten ergriffen werden müssen, weil alles lange Zögern nur Schaden hervorzurufen vermag, der gar nicht mehr ganz abzustellen ist. Es unterliegt mir keinem Zweifel, daß die Ernte, wie verschieden sie auch beurteilt werden mag, soviel Brotgetreide liefert, daß sie die Möglichkeit unserer Ernährung durchführen läßt, auch wenn wir hermetisch gegen das Ausland abgeschlossen sind. Auch diejenigen, welche den Bedarf für Ernährungszwecke nach meiner Meinung zu hoch eingeschätzt haben, weil sie nur in Bausch und Bogen ihre Schätzungen vornehmen, sehen in einer Ergänzung des Getreides aus dem Kartoffelvorrat eine genügende Ernährungsmöglichkeit. Eine Ordnung der Verhältnisse ist, wie zugegeben sein mag, mit manchen Schwierigkeiten verbunden, weil auf der ganzen Linie ein Kampf der Interessenten entbrannt sein dürfte, von denen jeder aus der Situation das Beste für sich zu retten versucht. Landwirte, Brenner, Müller, Bäcker, Industrien, die mit der Landwirtschaft in Beziehung treten, haben jeder für sich ihre besondere Wünsche. Was wir im Interesse der Volksernährung wollen und wollen müssen, was die Getreidefrage anlangt, ist höchst einfach. Wir müssen zunächst zu sparen versuchen, teils um sicher zu sein, daß wir die nächste Ernte mit den üblichen Reserven erreichen, teils um für unvorherzusehende Fälle besser gerüstet zu sein. Wir müssen also darauf

dringen, daß einmal jeder unnötige Verbrauch von Brotgetreide in der Stärkefabrikation und bei der Brennerei unterbunden wird. Das Allerwichtigste ist aber ein streng durchgeführtes Verbot, Brotgetreide an Tiere zu verfüttern. Dieser Gedanke liegt bei der derzeitigen Behinderung der Gersteneinfuhr, namentlich für den Roggen nahe; ja, es könnte der Fall eintreten, daß viel mehr an Roggen für diese Zwecke verwendet wird, als es sonst der Fall war. Die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft hat in einem Merkblatt darauf aufmerksam gemacht und sagt: „Das zur menschlichen Ernährung brauchbare Getreide darf nicht verfüttert werden.“ Es ist aber wohl fraglich, ob ein solcher Leitsatz allerwärts auch die genügende Beachtung finden wird. Viel wichtiger ist die Annahme, daß ein solcher Rat im allgemeinen nicht gehört wird, wenn persönliche Vorteile durch die Aufzucht von Tieren zu erreichen sind.

So scheint der schweizerische Bundesrat die Psyche der Produzenten beurteilt zu haben, denn schon am 27. August hat er sehr energisch Verordnungen erlassen, deren Uebertretung mit empfindlichen Strafen geahndet wird.

Es heißt der Artikel 5:

„Die Fütterung von für die Brotbereitung geeignetem Mehl, sowie von mehlfähigem Getreide als Weizen, Spelzweizen, Roggen und Mischel an Haustiere aller Art ist verboten. Müllern, Genossenschaften und anderen Besitzern von Mehl- und Fruchtbrechmaschinen ist das Mahlen, Schroten, Quetschen des sogenannten mehlfähigen Getreides sowie jede andere Zubereitung desselben für die Zwecke der Viehfütterung untersagt.“

Wieviel durch solche mißbräuchliche Verwendung an Material bei uns schon verloren gegangen ist, kann man kaum feststellen.

Soeben ist nun bei uns die langersehnte amtliche Regelung erfolgt. Unter dem 29. Oktober ist die Verfütterung von Brotgetreide an das Vieh verboten worden, und es sind auch anderweitige Maßregeln getroffen worden, die im allgemeinen dem Bedürfnisse der Lage entsprechen. Im einzelnen möchte ich Folgendes bemerken. Es ist wohl allgemein bekannt, daß durch den Ausfall der russischen Weizeneinfuhr die Menge des verfügbaren Weizens gegenüber anderen Jahren zurückgegangen ist. Unser Weizenbau allein liefert nicht so viel an Ernte, als wie nach den Essensgewohnheiten, die nun als Bedürfnis empfunden werden, notwendig ist. Die Ernte 1914 liefert aber ungefähr 8,9% mehr Roggen, als früher verbraucht wurde, da die Roggenausfuhr aufgehört hat. An Weizen sind 21,5% weniger vorhanden, als dem Bedarf entspricht. In absoluten Zahlen können wir mit einem Verbrauch von 140,2 Kilo Roggen pro Kopf und Jahr für alle Zwecke des Menschen, der Tierhaltung und der Industrie und mit 80,8 Kilo Weizen auskommen. Vorhanden sind 152,7 Kilo Roggen und 63,5 Kilo Weizen.

Ich habe schon hervorgehoben, daß es im Interesse der Bevölkerung selbst, auch der Minderbemittelten liege, von dem zunehmenden Konsum des feinsten Weizenbrotes abzulassen, aber die Regulierung liegt nicht in unserer Hand. Der Konsum ist in den verschiedenen Landesteilen sehr verschieden, hängt mit Sitte und Gewohnheiten innig zusammen, auf dem Lande ist er gering, groß in den Städten, besonders den Großstädten, einen mächtigen Konsum beansprucht das Gastwirtschaftsgewerbe. Um hier regelnd einzugreifen, ist der Weg zu kompliziert. Man bedürfte einer Unmasse lokaler Verordnungen. Bis jetzt hat sich, soweit ich sehe, keine Aenderung der Volkssitte angebahnt. Also bleibt nur der Ausweg, es bei den hergebrachten Sitten und Gewohnheiten zu belassen und auf anderem Wege das Ziel zu erreichen.

Es bleiben uns zwei Mittel: entweder das Weizenmehl auf Kosten der Verringerung der Kleie, die zur Viehfütterung benutzt wird, stärker auszumahlen und mehr Mehl herzustellen, das dann etwas Kleie enthalten wird, etwas weniger weiß, aber für die Ernährung, auch für Back- und Küchenzwecke etwa gleich brauchbar ist, oder den überschüssigen Roggen dem Weizenmehl zuzumischen, oder beides zu tun.

Die Schweiz läßt nach § 2 des Bundesratsbeschlusses vom 27. August 1914 nur mehr Folgendes zu:

Art. 2: „Sämtliche Mühlen des Landes dürfen nur noch eine Mehlsorte, sogenanntes Vollmehl herstellen, wobei das Getreide bis zur mehlfreien Kleie auszumahlen ist. Ueber die Herstellung des notwen-

digen Quantums Gries und feineren Mehlsorten wird das Militärdepartement Vorschriften erlassen."

Die Kleie geht dann an die Landwirtschaft, „dabei sind die Bedürfnisse der Schweine und Geflügelhaltung in erster Linie zu berücksichtigen“.

Wie liegen nun unsere Bedürfnisse? Ich will die Verhältnisse auf Grund der allgemein zugänglichen Reichsstatistik beurteilen. Auf Grund der Basis der angegebenen Zahlen kommt man zu folgender Ueberlegung: Zurzeit wird das Weizenkorn, weil das ästhetische Empfinden der Massen ein möglichst weißes Brot verlangt, durch die Hochmüllerei weit weniger ausgemahlen, als es auch vom physiologischen Standpunkt bedingungslos geschehen könnte. Der Abfall — eine stark mehlhaltige Kleie — geht an das Vieh. Das läßt sich natürlich ändern. Ich habe vor mehr als 35 Jahren gezeigt, daß eine stärkere Ausmahlung — innerhalb gewisser Grenzen — zulässig ist. Auf unsere heutige Lage angewandt, kann man sagen: Durch eine stärkere Ausmahlung läßt sich tatsächlich so viel Mehl mehr aus dem vorhandenen Weizen herausholen, daß der bestehende Ausfall an Weizenmehl gedeckt ist.

Um nun ein Beispiel zu geben, wieviel eine stärkere Ausmahlung bringen kann, sei Folgendes gesagt: Wenn z. B. früher 80 kg Weizenkorn verbraucht und auf 60 % ausgemahlen wurden, so wäre die Mehlmenge 48 kg. Wenn man aber auf 80 % ausmahlt, so erhält man von unserem Vorrat von 63,5 kg pro Kopf und Jahr sogar 50,8 kg Weizenmehl, 80 kg Mehl von 60 % Ausmahlung würden 48 kg Mehl geben und ebensoviel 63,5 kg Weizen von 75,6 % Ausmahlung. Sollte die mittlere Ausmahlung 70 % gewesen sein, so müßte man jetzt auf 88,7 % gehen, um den Ausgleich zu finden.

Es ist nach Vorstehendem also sicher, daß man mit einer Ausmahlung des Weizens in höherem Prozentsatz den Ausfall decken kann. Außerdem aber wäre noch ein Roggenüberschuß von 12,7 Kilo pro Kopf und Jahr vorhanden, der anderweitige Verwendung finden könnte.

Wir hätten so also auf einmal mehr Brotgetreide, als wir überhaupt brauchen.

Natürlich könnte man auch das Weizenmehl weniger stark ausmahlen und einen Teil des Roggens (etwa den weiseren Anteil) dem Weizen zusetzen; nehmen wir die Hälfte des Roggenüberschusses zum Weizen, so haben wir 63,5 kg Weizen + 6,3 kg Roggen = 69,8 kg, die zusammen auf den Ertrag der früheren Weizenausmahlung gebracht werden müssen. Bei einem solchen Gemisch mit 9,1 % Roggen braucht die Ausmahlung von 60 % nur auf 65,5 % und von 70 % nur auf 78,2 % zu steigen.

Auch in diesem Falle fielen Roggen für das Vieh ab. Die ganze Situation wäre dann so, wie man sieht, daß wir etwas mehr Kleie in das Weißbrot bekommen und dafür entsprechende Anteile im Roggen freimachen, sogar noch über die bisherige Grenze hinaus. Wir, d. h. die Menschen, essen also im Weizenmehl, weil wir von unseren Gewohnheiten nicht lassen wollen, etwas mehr Weizenkleie mit unserem Brot und geben dafür gewissermaßen ein Äquivalent Roggenmehl für anderweitige Verwendung frei.

Da man als bestimmt annehmen darf, daß bisher  $\frac{1}{4}$  des Roggens überhaupt an die Tiere verfüttert wurde, der nicht weiter an Tiere abgegeben werden soll, so wird also der für den Menschen verfügbare, an sich bedeutende Roggenwert noch weiter gesteigert.

Da soeben die behördlichen Maßnahmen über den Weizen- und Roggenverbrauch bekannt gegeben werden, kann ich sie hier noch im Zusammenhang mit meinen Betrachtungen zusammenfassen. Man will das Weizenmehl strecken, wie es in der Erläuterung des Bundesratsbeschlusses heißt, und eine Ausmahlung bis zu 75 % bei Weizen vornehmen. Damit kann man also nach dem oben Gesagten einverstanden sein, weniger mit dem Nachsatze, daß leistungsfähige Mühlen auch größere Mehlmengen herausmahlen dürfen — ohne jede Grenzbestimmung. Aber außerdem sollen auch noch weiter 10 % Roggenmehl beigemischt werden. Da keine begründeten, zahlenmäßigen Unterlagen gegeben werden, läßt sich die Argumentierung, welche zu diesem Beschluß geführt hat, nicht ersehen. Aller Wahrscheinlichkeit aber geht die doppelte Veränderung des Weizenmehls, starke und stärkste Ausmahlung und noch Zusatz von Roggen, wohl etwas über das Ziel hinaus, das zu erreichen nötig gewesen wäre.

Leider hat sich die in der Presse schon seit einigen Tagen verbreitete Nachricht bestätigt, daß alles Roggenmehl mit einem Zusatz von 5 % Kartoffelmehl versetzt werden muß. Es wäre erwünscht gewesen, wenn diese Mischung uns erspart geblieben wäre. Fast hat es den Anschein, als wäre das nur geschehen, um die Produkte der Kartoffeltrocknung sicher an den Mann zu bringen. Die Kartoffel gehört in das Brotgetreide nicht hinein. Den Roggenbrotessern nochmals eine besondere Auflage zu machen, hätte man unterlassen können. Wozu die paar Prozente Zusatz, die für die Volksernährung gar keine Bedeutung haben? Die böswillige Auslandspreste wird solche an sich ganz belanglosen Dinge, die aber doch nun einmal Verordnungskraft erlangt haben, höchstens dazu benutzen, um wieder von drohendem Ernährungsmangel zu reden. Man würde es als höchst wünschenswert bezeichnen können, wenn diese Kartoffelbeimischung fallen gelassen würde. Sie nützt uns in keiner Weise. Auch die weiteren Empfehlungen des freihändigen Beibackens von größeren Kartoffelmengen zu Roggenbrot sind natürlich noch weniger erwünscht. Wenn man der Tierernährung das Brotgetreide ganz entzieht, so könnte man auf die Mitverbackung von Kartoffel zu Brot um so mehr verzichten, als die Kartoffelernte an sich nicht so übermäßig günstig ist. Man überlasse doch dem Menschen, wieviel er Brot und wieviel er Kartoffeln essen will, zwingt den einzelnen aber nicht, immer Kartoffeln zu verzehren. Das Brot in der Kartoffel verbilligt das erstere kaum, die Kartoffel aber an sich ist billig und für alle möglichen Zubereitungen in der Küche zu verwerten, die diätetisch von größter Bedeutung sind. Billige Kartoffeln neben Brot sind für die Volksernährung wichtiger als „gestreckte Brotmengen“ und teurere Kartoffeln.

Die erwarteten Brotverordnungen sind also nun Tatsache geworden, und damit wird einem lange gefühlten und von der Presse betonten Bedürfnis entsprochen.

Der Grund, warum die Nahrungsmittelfrage nur so allmählich und stückweise gelöst wird, liegt darin, daß wir auch in Friedenszeiten keine staatliche Organisation oder Zentralstelle für das Ernährungs- und Nahrungsmittelwesen besitzen. Ja, wenn eine Fleischnot oder Mißernte oder ähnliches sich ereignet, geben die Wogen der Erregung durch das Land, das Parlament erhebt seine Stimme. Aber dann versinkt das Interesse an der Volksernährung wieder im Dunkeln. Nur das Gesetz über die Nahrungsmittelverfälschung wacht mehr oder minder gut über der Nahrungsmittelversorgung, im übrigen finden die Fragen der Volksernährung staatlicherseits keine weitere Beachtung. Wir haben Organisationen für viel unwichtigere Dinge, in Sachen der Ernährung aber fehlen sie. Fände sich dauernd eine Stelle im Staat zur Bearbeitung dieser Fragen, so wäre nicht nur bei Ausbruch des Krieges, sondern schon vorher die Materie gründlich behandelt worden, und bei der bedrohlichen Veränderung des politischen Horizontes der letzten Jahre hätte man längst Maßregeln vorsehen müssen, die nötig waren, um unser Ernährungsstütze besser gestalten zu können, als es mehr durch Zufall als durch Absicht sich gestaltet hat.

Schon im Jahre 1907 habe ich auf dem Internationalen Hygienekongreß zu Berlin den Gedanken ausgesprochen, daß das menschliche Ernährungswesen in unserem Staate eine amtliche Stätte haben müsse, und ich habe mich in einem Buche „Volksernährungsfragen“ 1908 eingehend darüber ausgelassen, wie man sich eine solche Organisation zu denken habe. Ich sagte damals:

„Das Studium der öffentlichen Ernährung ist eine außerordentliche bedeutungsvolle Aufgabe; sie zu fördern, liegt im Interesse des Staates. Dies kann nur geschehen, wenn eine Zentralstelle für diese Forschungen geschaffen wird. Man betrachte doch einmal die Bestrebungen auf landwirtschaftlichem Gebiete. Das Studium der Ernährung der landwirtschaftlichen Haustiere ist in wissenschaftlicher, wie praktischer Hinsicht von den maßgebenden Behörden, wie man anerkennen muß, in verständiger, wohlwollender Weise und mit Erfolg gefördert worden.“

In krassem Gegensatz hierzu steht die stiefmütterliche Behandlung, die man bisher in jeder Hinsicht der menschlichen Ernährungsfrage entgegengebracht hat. Ja, nicht einmal die bedeutungsvolleren Aufgaben der Volksernährung haben irgendwelches Interesse gefunden. Und doch ist die öffentliche Ernährung an sich ein so großes Gebiet, daß in einem Reiche wie Deutschland die Gründung eines besonderen Zentralnahrungs-

amtes sich lohnen würde. Hier müßten alle einschlägigen Fragen zusammengefaßt werden, neben der Feststellung der Nahrungsweise in den verschiedenen Teilen des Landes, der wissenschaftlichen Prüfung solcher Ergebnisse, vor allem auch das Nahrungsmittelwesen, die Gewinnung neuer Verbesserung schon gebräuchlicher Nahrungsmittel, die Prüfung der Konservierungsmittel, der Nahrungsmittelverkehr, die Verbesserung der Nahrungsmittelbereitung, die Technik der Speisebereitung, die Untersuchung der öffentlichen Ernährung in Speisehäusern, in Krankenküchen, ferner die Gefängnisernährung, die Kinderernährung und ähnliches. Besonders die letztere erregt unser Interesse in hohem Maße, in wissenschaftlicher, wie praktischer Hinsicht.

Die Zentralstelle hätte namentlich auch die Förderung aller Maßnahmen, welche die Verbesserung des Ernährungswesens zum Ziel haben, ins Auge zu fassen, ferner die öffentliche Belehrung, Hebung der Hausaltungs- und Kochschulen etc. Ich habe so in Kürze den Umfang der Aufgaben, die etwa zunächst in Angriff zu nehmen sind, gegeben.

Manche betrachten die Volksernährungsfrage als keine der Medizin zugehörige Materie. Ich habe daher an anderer Stelle Folgendes auseinandergesetzt:

„Es wäre recht zweckmäßig, wenn man sich einmal klarmachen wollte, daß die Volksernährung ein Gebiet ist, auf dem sich zwei besondere Wissenschaften, die Wirtschaftslehre und die Physiologie bzw. Hygiene, begegnen, oder, richtiger gesagt, die Hand reichen müssen.

Der Volkswirtschaftslehre liegt es ob, die Vorgänge der Nahrungsmittelproduktion, den Einfluß verschiedener Umstände auf die Preisbildung der Nahrungs- und Genußmittel, die Einkommensverhältnisse etc. der einzelnen Gesellschaftsgruppen der Bevölkerung festzustellen.

Der Hygiene und Physiologie kommt es zu, die Methoden der Verarbeitung der Rohmaterialien vor allem in gesundheitlicher Richtung zu studieren, die Nahrungsmittelversorgung und die Konservierungsmethoden zu erläutern, die tatsächlichen Verhältnisse der Ernährung im Volke und dessen sozialen Teilen zu untersuchen, Volksitten der Ernährung in ihrer gesundheitlichen und ernährungsphysiologischen Bedeutung zu schildern und zu analysieren.

Beide Seiten der Volksernährung müssen nach wissenschaftlich erprobten Methoden von Fachleuten bearbeitet werden. Die beiderseitigen Ergebnisse kommen sowohl der einen wie der anderen Disziplin zugute. Nur in der reinlichen Scheidung der Arbeit kann ein Erfolg erzielt werden.“

Es ist gewiß auch wenigen gegenwärtig, was sie denn von einer wissenschaftlichen Bearbeitung des Gebietes erhoffen dürfen. Es kommt also meiner Meinung nach darauf an, an einer — Stelle wie man sie benennen will, ist gleichgültig — alles zusammenzufassen, was die Ernährung betrifft. Dabei müssen selbstverständlich auch die statistischen, national-ökonomischen, landwirtschaftlichen Teile ihre Vertretung finden. Daß man aber dabei den Ernährungsphysiologen nicht entbehren kann, ist selbstverständlich. Die Vorstellung, die man sich über die Volksernährungsaufgaben macht, sind oft recht primitiv. In der Versorgung der breiten Masse des Volkes dachte man dieselben Grundanschauungen anzuwenden, wie etwa für eine Gefängnis- oder eine Krankenernährung, man fahndet nach „Normalbedürfnissen des Menschen“, nach der Zufuhr bestimmter, generell gültiger Eiweiß-, Fett- und Kohlehydratmengen, als wenn das alles eine rein arithmetische Aufgabe wäre. Welche falsche, unsere Nation diskreditierende Vorstellung ist nicht da zutage getreten und hat uns durch solchen Dilettantismus im Ausland geschadet und bei uns niemandem genützt.

Unter dem Eindruck einer allgemeinen Schematisierung der Ernährungsbedürfnisse der Menschen nach Eiweiß, Fett und Kohlehydratmengen, nach Fleisch- und Brotbedürfnis und ähnliches ist man geradezu auf die sonderbarsten Abwege gekommen, und ich begreife die Zurückhaltung mancher Staatsmänner, die wissenschaftlichen Ergebnisse solcher Betrachtungen sich zu eigen zu machen oder gar anzuerkennen, weil sie unerhörte Anforderungen der „Theorie“ fürchteten und glaubten, man könnte schließlich gar zu einer gesetzlich zu fordernden Reichsspeisekarte kommen. Ich glaube, diese Vorstellung sollte man doch fallen lassen. Ich habe mich seit Jahren bemüht, gegen solche Vorstellungen anzukämpfen. Es gibt keine solchen schematischen Grundsätze für die Volksernährung an sich, es gibt hundert und tausend verschiedene Formeln für die Volksernährung, weil diese stets aus den Erträgen des Bodens und der Viehzucht herausgewachsen ist und sich vielfach noch auf dieser Basis entwickelt, und auch dort, wo der Handel fremde Nahrungsstoffe liefert, zunächst noch auf dem Boden ererbter Vorstellungen weiter betrieben wird. Man

muß also jede Nation für sich betrachten und auch das unter den gleichen Gesichtspunkten zu erfassen suchen, was in den einzelnen Schichten der Bevölkerung sich abspielt.

Meine Auseinandersetzungen sind auf nationalökonomischer Seite, der ich ja in erster Linie dienen wollte, auf guten Boden gefallen, sodaß sich in naher Zukunft eine Reform der Anschauung und ein glückliches Ergebnis gemeinsamer Arbeit erwarten läßt. Dafür gibt die neue Literatur genügende Grundlagen. Man kann also für die Volksernährung, wie es von mancher Seite geschieht, nicht die Ernährungsphysiologie einfach zur Seite schieben. Man wird sich auch auf die Dauer nicht dagegen sträuben können, daß es neben den Ernährungsaufgaben in geschlossenen Anstalten noch andere Ziele im Staate gibt, und sicherlich wird man einsehen, daß das fachmännische Wissen nicht durch ein paar Stunden Lektüre medizinischer Bücher oder populärer Schriften ersetzt werden kann, denn das Problem hat viel mehr Inhalt, als man ihm zuzubilligen willens war. Die Mindesternährung, um die sich die Frage vielfach drehte, beruht auf Stammeseigentümlichkeiten, Besonderheiten der Bodenkultur, sozialen Besonderheiten, von denen äußerlich sehr verschieden aussehende Dinge innerlich gleichberechtigt sein können. Und Volksernährung sind nicht nur die Fragen der Armen und die Mindesternährung, sondern die allgemeinen Sitten und Gewohnheiten eines Landes mit teils streng innegehaltenen Eigentümlichkeiten, teils mit dem Drang zur Veränderung im Laufe der Zeiten — im Zusammenhang mit sozialen Umwälzungen und den Erscheinungen des Auftauchens neuer Eßformen und den Wirkungen von Nahrungsangebot verschiedener Art, Wirkungen des Importes und der Nahrungsmittelindustrie, den Folgen von besonderen Geschmackstrieben. Nicht die Bilanzfragen von Eiweiß, Fetten und Kohlehydraten sind das Interessante und Charakteristische, sondern jedes der Nahrungsmittel in ökonomischer und kulinarischer Hinsicht.

So kristallisiert aus der Einzelernährung das heraus, was man die mittlere nationale Ernährung nennen muß. Diese selbst steht heute im Mittelpunkt des Interesses, und ein Notstand tritt nicht etwa dann erst ein, wenn eine Nation zum Mindestmaß der möglichen Lebenshaltung heruntergesunken ist, sondern wenn diese nationale Ernährung überhaupt in ihrem durchschnittlichen Angebot nur wesentlich schwankt. Das bedeutet politisch schon den wesentlichen Zusammenbruch und das Gefühl der Hungerzustände in der Masse. Ohne es zu wissen und zu wollen, hat man sich diesem Gesetz beugen müssen.

Der Nahrungsmittelbedarf des Volkes wird bedingt durch die Erziehung, durch die sozialen Verhältnisse, durch die populäre Literatur und durch das Angebot, wie ich eben auseinandergesetzt habe.

Außer dem Volksbedarf und dem nationalen Bedarf im ganzen muß man dann die Kenntnisse des Nahrungsbedarfs einzelner Landesteile feststellen. Wo es sich darum handelt, nicht nur zu registrieren, sondern auch falsche Richtungen der Ernährung abzustellen, kann man sich nicht ans deutsche Volk im ganzen wenden, denn was die eine soziale Schicht zuviel hat, daran verzehrt die andere zu wenig, was bei der einen sozialen Klasse ein Nahrungsüberschuß darstellt und ein Mißbrauch von Nahrungsmitteln, kann bei anderen ein notwendiges Bedürfnis sein. Nur aus der Kenntnis all dieser Dinge heraus läßt sich ein wohlthätiger Einfluß auf den Gang der Ernährung gewinnen. In den kleinen Gruppen einer Provinz u. dgl. kann der Hebel angesetzt werden, um eine Verbesserung zu erreichen, bis hinab zu Besonderheiten neu entstehender Essensformen, die oft einen horrenden Einfluß auf den Gesamtkonsum gewinnen können. Vielleicht geben die ersten Zeiten, die wir durchleben, Anlaß, der Frage der Errichtung einer Zentralstelle für das Ernährungswesen näher zu treten; wie sie im einzelnen zu gestalten wäre, darüber kann man ja später beraten. Mir scheint aber eine improvisierte Einrichtung schon jetzt notwendig und zweckmäßig.